

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 48 (1954)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : Berliner Theater ; Neue Strategie? ; Das letzte Glied der Kette ; Die Krise der amerikanischen Demokratie ; "Volkskapitalismus"? ; Wirtschaftsschrumpfung
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139882>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

O. Douglas durchsetzte: «Die neue asiatische Welt wird anders aussehen als die unsrige; sie wird einen starken sozialistischen Einschlag haben, den wir uns selbst nicht wünschen. Wir müssen lernen, neue Ideen zu ertragen. Wir müssen daran denken, daß ein kennzeichnendes Merkmal der Welt ihre Vielgestaltigkeit ist. Die Welt wird sich nicht nach westlichem Vorbild (soweit es überhaupt noch ein «Vorbild» ist! D. Schr.) ummodelln lassen. All die Legionen der früheren Weltreiche sind daran gescheitert, und ihr Scheitern ist heute gerade das Problem.» In der Tat — darum geht es. Und haben die Demokratien dafür in der jetzigen Weltlage eine echte Lösung und haben wir einen Sozialismus, der sich dieser Aufgabe bewußt ist?

Verlag und Übersetzer haben gleicherweise zu einer gediegenen Herausgabe des Buches beigetragen, und die große Zahl der Photographien vermittelt gute Illustrationen zum Text.

Albert Böhler

WELTRUNDSCHAU

Berliner Theater In dem Augenblick, da wir schreiben, ist die Berliner Konferenz der vier Außenminister noch in vollem Gang. Ihr Endergebnis bleibt abzuwarten; wenn die Verhandlungen aber so weitergehen wie bisher, dann ist — trotz aller äußerlichen Konzilianz, der sich, besonders am Anfang, die Minister gegenseitig beflissen — ihr Mißerfolg mindestens im Hauptpunkt, der deutschen Frage, sicher. Das mußten natürlich beide Teile von vornherein voraussehen. Weder durften die Russen damit rechnen, daß die Westmächte auf die Wiederaufrüstung Westdeutschlands verzichten würden, noch die Westalliierten damit, daß die Sowjetunion den deutschen Osten räumen werde, ohne sicher zu sein, daß ein geeintes Deutschland nicht mit Sack und Pack ins feindliche Lager überlaufen werde. Die Westmächte richteten darum, wie die Sowjetunion, ihre Konferenztaktik vollkommen auf Propagandawirkung aus. Die westlichen Außenminister gedachten, Molotow einmal richtig zu «stellen», ihn durch genau vereinbarte gemeinsame Vorstöße zunächst zur Annahme ihrer Tagesordnung und dann zur klaren Ablehnung ihrer «Lösung» der deutschen Frage zu zwingen, um dann jeden Widerstand des Russen als «Ausweichen», als «Ablenkungs- und Spaltungsmanöver», überhaupt als Sabotierung einer Verständigung brandmarken zu können. Was ihnen auch im Hinblick auf die öffentliche Meinung des Westens durchaus gelungen ist. (Man lese nur etwa die bürgerliche und sozialdemokratische Presse der «neutralen» Schweiz!)

Einen besonders feinen Schachzug glaubten die beiden angelsächsischen Außenminister zu tun, indem sie fast regelmäßig ihren Kollegen Bidault vorschickten, wenn es galt, dem Russen eine gehörige Lektion zu geben. Das widerspenstige Frankreich sollte dadurch möglichst unwiderruflich auf die atlantische Linie festgelegt werden. Daß Staatssekretär Dulles trotzdem der eigentliche Dirigent der westlichen Dele-

gationen ist, erscheint selbstverständlich. Mr. Eden spielt, wie üblich, die Rolle des «glänzenden Sekundanten». Er tat das ja — mit verhängnisvoller Wirkung — schon vor dem Zweiten Weltkrieg. Eben jetzt ist über diese Unglückszeit ein Buch des italienischen Geschichtsschreibers Gaetano Salvemini («Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg») erschienen, aus dem R. H. S. Crossman im «New Statesman» (6. Februar) eine bezeichnende Stelle anführt. «Meine Meinung», so schreibt Salvemini,

«nicht nur von der Intelligenz, sondern auch von der moralischen Unantastbarkeit der Männer, die England in jenen Jahren regierten, hat eine Reihe von katastrophalen Stößen bekommen... Die Leiter der Konservativen Partei und des britischen Außenministeriums täuschten das englische Volk während des ganzen Jahres 1935, indem sie es glauben machten, sie wollten Mussolini zur Vernunft bringen, während sie ihm tatsächlich freie Hand in Äthiopien ließen. Keiner dieser Herren faßte jemals ein unmittelbar wirksames System von Sanktionen ins Auge; Eden spielte geschickt seine Rolle in der Posse und wußte genau, daß es ein Possenspiel war. Und schließlich hatten die Führer der britischen Konservativen ums Jahr 1936 eine Verständigung mit Hitler erzielt, die ihm freie Hand gegen Rußland gab, unter der Bedingung, daß er auf eine Bedrohung Westeuropas verzichte.»

Der gleiche Eden spielt jetzt ein womöglich noch übleres Spiel — und weiß wiederum genau, daß er es tut. Molotow, der schließlich auch nicht von gestern ist, ließ sich natürlich von der Taktik seiner westlichen Gegenspieler nicht dúpieren. Als Einziger gegen die drei andern hatte er zwar einen harten Stand, aber er zog sich im ganzen nicht schlecht aus der Affäre. Ihm mußte es vor allem darauf ankommen, die Unmöglichkeit eines bedingungslosen russischen Rückzugs aus Ostdeutschland zu demonstrieren, wie ihn — auf dem Weg über sofortige gesamtdeutsche Wahlen — die Außenminister der Westmächte forderten. Er tat das durch die Entwicklung eines reichlich verwickelten und spitzfindigen Planes zur Schaffung eines geeinten, für seine Nachbarn ungefährlich gemachten Deutschlands, eines Planes, der natürlich prompt abgelehnt wurde, nicht nur weil die Westmächte *grundsätzlich* kein neutralisiertes, auch vom Westen unabhängiges Deutschland wollen und hochmütig jede auch nur vorläufige Anerkennung des ostdeutschen Regimes ablehnen (mit Franco, Tschiang Kai-shek usw. sind sie nicht so zimperlich!), sondern auch weil Molotows Plan *berechtigten* Anlaß zu Einwänden gibt. Ähnliches gilt von Molotows zweitem großen Plan — demjenigen für ein europäisches Sicherheitssystem. Nicht daß die westmächtliche Behauptung richtig wäre, die Sowjetunion ziele damit nur darauf ab, «ihre Vorherrschaft bis an den Atlantik auszudehnen und Deutschland samt seinen Nachbarn zu Satelliten zu machen», wie dies auch eine «Neue Zürcher Zeitung» getreulich nachschwatzte; das ist so unfair wie die Unterstellung, Molotow habe mit seinem Deutschlandplan nur die «Sowjetisierung ganz Deutschlands» bezweckt. Aber das stimmt schon, daß nach allem, was seit 1917 geschehen ist, die Vereinigten Staaten nicht einfach von der Mitsprache bei der Gestaltung der europäischen Dinge ausgeschlossen werden können, und daß

Deutschland keine Entwaffnung auferlegt werden kann, die nicht von einer *allgemeinen* Abrüstung gefolgt würde.

Viel wirksamer wäre es darum gewesen, Molotow hätte klar und bündig den Rückzug der Sowjetunion aus Ostdeutschland angeboten unter der Bedingung, daß Deutschland im Friedensvertrag als dauernd entmilitarisiert erklärt werde. Dann hätte Rußland seine eigene Abrüstung offerieren und auch diejenige der Westmächte fordern können, im Rahmen eines Sicherheitsvertrages, der von *allen* UNO-Mitgliedern zu gewährleisten gewesen wäre und dem unheilvollen System des «bewaffneten Friedens» ein Ende gemacht hätte.

Weil das alles nicht gewagt wurde, kann jetzt das demagogische Schlagwort von den «freien Wahlen», die allein die deutsche Frage zu lösen vermöchten, seine Wirkung weiter tun — bei den Naiven und Kurzsichtigen wenigstens. Denn die anderen wissen genau, daß erst die entschlossene Zerstörung aller deutschen Träume von Revanche und Viertem Reich die Möglichkeit verhältnismäßig freier Wahlen schaffen wird — von Wahlen nämlich, die nicht durch einen alldeutschen Nationalismus beherrscht und verfälscht sind, wie er unfehlbar und rauschartig entfesselt würde, wenn Wahlen im Zeichen des Kampfes um die deutsche Wiederaufrüstung, die Zurückgewinnung der verlorenen Ostgebiete und die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands veranstaltet würden. Die westdeutschen Wahlen vom 6. September haben ja bereits einen Vorgeschmack davon gegeben, was zu erwarten wäre, wenn sich eine potenzierte «Adenauerkampagne» hemmungslos entfalten könnte. Will man wirklich eine Wiederholung jener anderen «freien Wahlen», durch die Hitler Anno 1933 zur Macht kam?¹

Gebe sich doch niemand einer Täuschung über die Absichten der westdeutschen Regierung und der hinter ihr wirkenden Mächte hin! Friedrich Wilhelm Foerster verweist in seinem Erinnerungsbuch «Erlebte Weltgeschichte» mit Recht auf das Programm des westdeutschen Bundesministers Seehofer: «Was deutsch war, muß wieder deutsch

¹ Mit Recht bemerkt im «Anderen Deutschland» (Nr. 4) ein westdeutscher Mitarbeiter, daß

«Wahlen, bei denen der Rundfunk fast ausschließlich in den Dienst der der Regierung genehmen Parteien gestellt ist,

Wahlen, bei denen eine zum großen Teil mit den bekannten amerikanischen ‚Garoya-Krediten‘ unterstützte Presse den Leser zu einer bestimmten politischen Meinungsbildung zu veranlassen suchte,

Wahlen, denen eine Diffamierung lästiger oppositioneller Parteien und Vereinigungen vorausgegangen war, indem man sie und ihre Vertreter einfach mit der zum Schimpfwort gemachten Bezeichnung ‚getarnte Kommunisten‘ belegte,

Wahlen, die durch eine vorangehende Senkung der Tabak- und Kaffeesteuer den Wähler an einer echten und unbeeinflussten politischen Entscheidung zu hindern suchten,

Wahlen, bei denen zunehmend von der Kanzel herab für eine bestimmte Partei geworben wurde,

Wahlen, bei denen oppositionelle Parteien häufig in ihrer Wahlpropaganda

werden, und auch was nicht deutsch, sondern von Deutschen besiedelt war, aber zu fremden Staaten gehört, muß künftig deutsch werden», und schließt daraus, daß auch der Zusammenbruch von 1945 nicht imstande gewesen sei, «selbst sehr maßgebende deutsche Kreise zu einer grundlegenden Revision derjenigen Programme zu bringen, denen die Verantwortung für die ganze Katastrophe zugeschrieben werden muß. Welches Vertrauen soll das Ausland zu einer gründlichen Umwandlung des deutschen politischen Denkens haben, wenn solche Erklärungen wie die oben zitierte als etwas Selbstverständliches betrachtet werden?» Oder meint man wirklich im Ernst, die Russen, Polen und Tschechen sollten den biedereren Versicherungen der Dulles, Eden und Bidault Glauben schenken, wenn Westdeutschland nur einmal in der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» sei und seine zwölf Divisionen habe, werde es darauf verzichten, sich eine vollausgebaute Wehrmacht zu schaffen und sie — mit Amerikas Atombombern als unwiderstehlicher Spezialwaffe — nach alter, mehr oder weniger bewährter deutscher Methode im Dienste der «nationalen Belange» auch tatsächlich einzusetzen? Selbst der Westberliner Korrespondent des Zürcher «Volksrechts» — also eines sozialdemokratischen, gewiß nicht gegen die «Verteidigung der freien Welt» eingenommenen Blattes — muß feststellen:

«Beobachter aus westeuropäischen Ländern sind der Ansicht, daß es sich schon sehr bald nicht mehr um 12 deutsche Divisionen, sondern um 24 und 48 handeln wird... Molotow sieht in Westeuropa eine Militärmacht heraufwachsen, die das bisherige Kräfteverhältnis empfindlich zuungunsten Moskaus verändern könnte. Das zu verhindern, ist Molotow nach Berlin gekommen, und dafür war er offenbar bereit, einen hohen Preis zu zahlen. (Nämlich die Räumung Ostdeutschlands. H. K.) Der Westen ging jedoch bisher darauf aus, die deutsche Einheit ohne Gegenleistung zu verlangen.»

Das ist — man muß immer wieder darauf bestehen — tatsächlich der Kern des Kampfes um Deutschland. Solange die Westmächte, wie sie es schon vor dem Zweiten Weltkrieg taten, Deutschland erneut gegen Rußland ausspielen und aufrüsten wollen, wird die Sowjetunion nicht aus Deutschland hinausgehen. Sie wird nicht einmal Österreich

dadurch behindert wurden, daß man ihnen Versammlungsräume verweigerte und ihnen die Plakat- und Flugblattwerbung praktisch unmöglich machte, objektiv gesehen, nicht als freie Wahlen zu werten sind».

Natürlich seien auch Wahlen nach ostdeutschem System nicht frei. Um so verdächtiger sei es, «daß eines der beiden Wahlverfahren einen Ausschließlichkeitsanspruch erhebt, indem seine Anwendung als Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit verlangt und mit der Bezeichnung ‚Durchführung freier Wahlen‘ etikettiert wird. Es sind die Westmächte, die diese Forderung stellen, wobei ihnen Dr. Adenauer tatkräftig sekundiert. Sie rechnen damit, daß, wenn die Wahlen nach dem Muster des 6. September unter Anwendung bewährter Tricks in Gesamtdeutschland stattfinden, sie auf Grund des so erzielten Wahlergebnisses die Ostzone, ohne einen Preis für sie zu bezahlen, einkassieren und in das westliche Bündnissystem eingliedern können.»

räumen, das nun schon seit Jahren jammert, daß es keinen «Staatsvertrag» bekomme — das gleiche Österreich, das Hitler so begeistert zujubelte, als er in seine Stammheimat einmarschierte, und keineswegs das «schuldlose Opfer nazistischer Vergewaltigung» ist, als das es sich aufspielt. Wobei die Sozialdemokraten mit ihrer instinktlosen Anschlußpropaganda ihr vollgerüttelt Maß von Schuld mittragen! Für Österreich wie für Deutschland wird der Weg erst frei, wenn den Deutschen ein für allemal die Waffen aus der Hand genommen sind, mit denen sie immer nur das entsetzlichste Unglück angerichtet haben.² Die «Enttäuschung» und «Entrüstung» der Österreicher über die Haltung der Sowjetdelegation nimmt sich doppelt merkwürdig aus, wenn es wahr ist, was der Spezialkorrespondent des «New Statesman» aus Berlin berichtet, daß nämlich Dr. Figl den Rückzug aller Besetzungstruppen hätte erreichen können, wenn er nicht *unter amerikanischem Druck* seine ursprüngliche Bereitschaft zur Neutralisierung Österreichs zurückgenommen hätte. Mr. Dulles habe eben von einer Neutralisierung Österreichs sowenig wissen wollen wie von derjenigen Deutschlands.

Aber wie soll das gelingen? Wie soll Europa aus der Sackgasse herauskommen, in die sie die Staatskunst der beiden Machtblöcke hineingetrieben hat? Wie soll die gegenseitige Verkrampfung von West und Ost, ihre Versteifung auf unhaltbare Stellungen, ihr abgrundtiefes Mißtrauen gegeneinander überwunden werden — der ganze unglückselige Geisteszustand, den die Berliner Konferenz aufs neue enthüllt hat? Es wird schon ein Aufstand der Völker selbst gegen ihre Führer und Verführer nötig sein, wenn der Kalte Krieg nicht früher oder später in den heißen umschlagen soll. Und keine Mühe darf gescheut werden, um von unten her einen courant d'opinion zu erzeugen, der mit seiner Friedens- und Verständigungskraft auch die Führungsschichten erfaßt und auf die Bahn der Vernunft und des Gewissens zwingt.

Neue Strategie! Die öffentliche Meinung besonders Westeuropas wird freilich in bezug auf die deutsche Frage ganz planmäßig irregeführt, indem man ihr ständig das Gespenst eines drohenden russischen Überfalls auf die «freie Welt» vorgaukelt und damit

² Wie die Westdeutschen, so weigern sich auch die Österreicher entrüstet, die militärische Neutralisierung ihres Landes anzunehmen. Sie muten also den Russen zu, ihre Besetzungszone zu räumen in der Gewißheit, daß sich dann Österreich dem westmächtlichen Militärsystem anschließen und im Kriegsfall Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn sein wird. Davon sagen sie natürlich kein Wort; um so lauter fordern sie Freiheit, Freiheit und noch einmal Freiheit als heiligstes Menschen- und Völkerrecht — das Recht also, sich in die Militärfront gegen den Ostblock eingliedern zu dürfen. Das steht hinter dem ganzen pathetischen Freiheitsgerede der Österreicher wie der Deutschen! Die Heuchelei ist auch hier ein bißchen gar zu weit getrieben ...

die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Verteidigungsgemeinschaft begründet. Würde man rückhaltlos klarstellen, daß es sich vor allen Dingen um die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht handelt, die bereits zwei Weltkriege — und zwar im Kampf auf zwei Fronten — durchgestanden hat und bis in den Kaukasus und an die Grenzen Ägyptens gekommen ist, dann wäre es mit den Diskussionen um Deutschland bald vorbei. So hat man eben die EVG und die berühmte Europaarmee erfunden, an die auch das inzwischen demokratisch und friedliebend bis auf die Knochen gewordene Deutschland seinen bescheidenen Beitrag leisten müsse. Man weiß natürlich sehr wohl, daß die «Sicherungen» gegen ein Wiederaufleben der deutschen Nationalarmee, die in den EVG-Vertrag eingebaut werden sollen, auf dem Papier stehen bleiben müßten, wenn einmal der deutsche «Dynamismus» wieder entfesselt wäre, und macht sich auch bereits ganz kühl auf eine westdeutsche Wiederaufrüstung «aus eigener Machtvollkommenheit» à la Hitler gefaßt. Aber man muß eben vorläufig noch «so tun als ob», muß versuchen, die Nachbarn Deutschlands einzuschläfern und sie von der wirklichen Gefahr, die ihnen erneut droht, durch Vorspiegelung einer Scheingefahr abzulenken.

Ist das gelungen? Zum Teil sicher. Aber doch nicht ganz. Hören wir darüber einen unverdächtigen Zeugen. Einer der Hauptpropagandisten des General-Motors-Konzerns in Detroit, Henry J. Taylor, hat sich letzten Herbst in einer Radiosendung (die als Sonderdruck herauskam) bitter beklagt, daß er auf einer monatelangen Reise durch Europa beim gewöhnlichen Volk keinerlei Verständnis für die dringende Notwendigkeit der massivsten Rüstung gegen die russische Gefahr gefunden habe. Der französische Verteidigungsminister Plevén habe ihm trübsinnig gesagt: «Mr. Taylor, es fällt uns jeden Tag und die ganze Zeit über schwerer und schwerer, die Furcht vor der Sowjetunion aufrechtzuerhalten.» Und das könne man, so gesteht der Amerikaner, den Franzosen eigentlich gar nicht übelnehmen, seien sie doch «innert drei Generationen dreimal von Deutschland angegriffen und überrannt worden». «Ich speiste kürzlich mit einem jungen französischen Provinzschullehrer in einer französischen Kleinstadt. 'Ich weiß nichts von den Russen', sagte er, 'ich hab' nie einen von ihnen gesehen. Sie haben mir nie etwas zuleid getan. Aber die Deutschen kenne ich. Sie haben meinen Vater umgebracht und fast mich selber auch. Ich hasse die Sowjets nicht. Ich hasse bloß die Deutschen'³.»

Nicht besser steht es in Italien. «Ein Umstand, der den amerika-

³ Neuerdings berichtet der «Observateur»: «Die Gegnerschaft gegen die Verträge von Bonn und Paris entwickelt sich im Land herum in immer kräftigeren Formen. In ganz Frankreich sind in den letzten Wochen zahlreiche Versammlungen zum Protest gegen die Absicht der Regierung, die Wiederaufrüstung Deutschlands durch das Parlament genehmigen zu lassen, abgehalten worden, an denen die verschiedenartigsten Persönlichkeiten teilgenommen haben.»

freundlichen Ministerpräsidenten de Gasperi zu Fall brachte, war, daß er immer von der Notwendigkeit redete, sich auf den Krieg vorzubereiten und Italien aufzurüsten. Seine Gegner redeten von Preisen, Mieten, Löhnen, Bodenreform — von allem, nur nicht von Rüstungen, so wie das gerade auch die Kommunisten tun.» Und Jugoslawien? «Ich kann Ihnen sagen, Tito hat heute abend mehr jugoslawische Truppen und amerikanisches Kriegsmaterial — eingeschlossen amerikanische Düsenflugzeuge — an der Grenze gegenüber Italien rund um Triest stehen als an den Grenzen, die gegen Rußland zu liegen. Und doch ist es sicher nicht unsere Absicht, Tito für einen Krieg gegen Italien zu bewaffnen. Die Italiener ihrerseits fürchten offenkundig Tito mehr als Rußland. Sie wissen nichts von Rußland. Von Jugoslawien nebenan glauben sie ziemlich viel zu wissen.»

Das gleiche Schauspiel in Afrika und Asien:

«Wir sehen unseren Feind in Rußland. Viele Völker da drüben denken an andere, ihnen näherliegende Länder, wenn sie an Krieg denken. Ägypten will Waffen von uns haben. Aber zur Verteidigung gegen Rußland oder zum Gebrauch gegen die Briten, die den Suezkanal besetzt halten? ... Die Araber wollen Waffen von uns. Aber zur Verteidigung gegen Rußland oder zum Krieg mit Israel? Ich hörte nie einen Araber sagen, daß Rußland sein Feind sei. Indien wie Pakistan wollen Waffen von uns. Würden diese aber für die Verteidigung gegen Rußland eingesetzt oder für den Krieg gegeneinander? Wir wollen, daß sich beide auf die sowjetische Drohung konzentrieren. Aber was Sie in Indien hören, wenn Sie hingehen, ist immer nur der Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Von einem Konflikt mit Rußland oder irgendeiner Gefahr, die von Rußland ausgehe, hören Sie nie ein Wort.»

Angeichts solch betrüblicher Erfahrungen bereitet man sich in den Vereinigten Staaten mehr und mehr auf eine «neue Strategie» vor. Statt Satelliten in der ganzen Welt herum zu kaufen und zu bewaffnen, will man sich mehr als bisher auf den *Ausbau der Luftwaffe* werfen und deren *rücksichtslosen Einsatz* gegen die kommunistischen Länder androhen, während die Landstreitkräfte abgebaut werden könnten. Das neue Budget sieht bereits eine Verminderung der Bodentruppen um 400 000 Mann vor, was die Wehrausgaben um drei Milliarden Dollar zu kürzen erlauben soll. Dabei spielt natürlich der Wunsch, die Steuerlast zu ermäßigen, eine Hauptrolle; auch in den übrigen Zweigen des Staatshaushalts will man ja noch vier Milliarden einsparen. Aber nicht weniger maßgebend sind militärische Erwägungen. Die neuen Massenzerstörungswaffen, namentlich die Atom- und die Wasserstoffbombe, sollen — das ist der Sinn der Umstellung, die sowohl Präsident Eisenhower als Staatssekretär Dulles öffentlich angekündigt haben — von nun an sofort gegen die Sowjetunion und China *direkt* eingesetzt werden, falls die «Roten» irgendwo auch nur auf begrenztem Raum eingreifen würden; mit lokalen Landoperationen werde man jetzt nicht mehr antworten. Freda Kirchwey zitiert in «The Nation» die Neuyorker «Daily News», die erläuternd feststellt, daß es künftig keine matten Gegenoffensiven wie in Korea mehr geben werde. «Wäre sie (die neue

Strategie) schon 1950 wirksam gewesen, so hätten die Vereinigten Staaten gleich Luftmacht, Atomwaffe und als Unterstützung Seemacht gegen Nordkorea geworfen oder das Rote Reich an einer oder mehreren empfindlichen und unverteidigten Stellen getroffen.» Und die Chefredaktorin der «Nation» fährt fort, die Zukunftsmöglichkeiten der neuen Kriegführung andeutend:

«Angenommen zum Beispiel, in Iran bricht eine kommunistische Revolution aus. Angenommen ferner, russische Truppen überschreiten die Grenze oder Rußland schickt Material, ‚Sachverständige‘ und vielleicht etliche ‚Freiwillige‘ hin. Dann würden amerikanische Bomber oder ferngelenkte Geschosse von europäischen Stützpunkten aus augenblicklich Vergeltung an Moskau üben, und die Russen würden mit gleicher Münze heimzahlen... Wie die ‚Washington Post‘ neulich bemerkte, hat Dulles tatsächlich verfügt, daß es künftig keine begrenzten Kriege mehr geben wird, außer wir beschließen selber eine Begrenzung. Der volle Preis, den wir für diese Verfügung (die «neue Kriegführung») zu bezahlen haben werden, wird erst noch zu berechnen sein. Unser Blatt glaubt, er werde ruinös hoch sein — und nicht nur in anderen Ländern. Man kann sich nicht vorstellen, daß das amerikanische Volk, wenn es erst einmal ihre volle Bedeutung verstanden haben wird, einer Politik atomischer Angriffe seine Zustimmung geben wird, es sei denn als direkte Vergeltung eines solchen Angriffes auf uns.»

Auch der Londoner «New Statesman» warnt vor der «neuen Strategie»:

«Sie bedeutet nichts anderes, als daß die Vereinigten Staaten alles auf die Karte der Drohung mit einem Weltatomkrieg setzen, als Abschreckungsmittel gegen eine sowjetische und chinesische Machterweiterung. Aber die Welt in zwei feindliche Lager teilen und sich dann selbst um jede andere als die letzte Waffe bringen, das ist der allergefährlichste Weg.»

Ob solche Warnung den geringsten Eindruck auf die Atomstrategen der allerchristlichsten Nation unserer Welt macht?⁴

⁴ Die neue amerikanische Strategie erscheint in einem besonders merkwürdigen Licht, wenn man vernimmt, was vor ihrer Verkündigung ein immerhin sachkundiger Beurteiler wie der bisherige Vorsitzende der amerikanischen Atomkraftkommission, Gordon Dean, festgestellt hat. Wie Professor Blackett, der berühmte englische Kernphysiker, im «New Statesman» (13. Februar) aus Dean's Buch «Atombericht» zitiert, ist man sich in den Vereinigten Staaten völlig im klaren, daß erstens die Sowjetunion genügend Atomwaffen hat, um Amerika ebenso schwer zu treffen wie dieses die Sowjetunion; zweitens daß infolgedessen weder Amerika noch Rußland einen Krieg entfesseln werden, bei dem sowohl der Angreifer wie der Verteidiger ruiniert würden, also die Atomwaffe für die Kriegführung bereits ausgeschieden ist; und drittens daß schon aus finanziellen Gründen weder eine aktive (militärische) noch eine passive (zivile) Abwehr von Luftangriffen mehr möglich ist. Was für einen Sinn hat also, so muß man sich fragen, noch eine Politik und Diplomatie, die, wie die amerikanische, vorwiegend mit der Drohung eines Atomkrieges arbeitet, um den Gegenspieler mattzusetzen? In der Sowjetunion weiß man natürlich genau, daß eine solche Drohung nicht ernst gemeint sein kann, wenn Amerika nicht Selbstmord begehen will, und läßt sich deshalb dadurch ganz und gar nicht imponieren. Professor Blackett glaubt, Eisenhower und Dulles betrieben diesen Bluff (denn so muß man es doch heißen) nur noch darum, weil sie vor den letzten Präsidentenwahlen versprochen hätten, eine schärfere Politik gegen Rußland einzuleiten und gleichzeitig doch die Steuern herabzusetzen. Aber was für eine Politik ist das dann! Es ist himmelschreiend, mit wieviel Demagogie und Gewissenlosigkeit die Welt regiert wird!

Das letzte Glied der Kette Vorerst sieht es gar nicht darnach aus, daß Amerika seine Atomkriegspolitik aufzugeben gewillt sei. Im Gegenteil, die Kette amerikanischer Militärstützpunkte um die Sowjetunion herum, von denen die Atom-bomber aufsteigen sollen, wird immer fester geschmiedet. Zurzeit klafft darin nur noch eine Lücke: zwischen der Türkei auf der einen und Thailand (Siam) auf der andern Seite. Der türkische Staatspräsident ist jüngstens selber in Washington gewesen, um über die Erweiterung des türkisch-amerikanischen Bündnisses zu einem *vorderasiatischen* Militärsystem zu verhandeln, in das auch Irak, Persien, Afghanistan und Pakistan einbezogen werden sollen — Länder also, die bisher wenig Lust zeigten, am Kalten oder gar an einem Heißen Krieg teilzunehmen. Am andern Ende der Achse Konstantinopel—Bangkok ist Siam schon jetzt ein zuverlässiger Vasall Amerikas. Die herrschende Klasse Thailands versäumt nichts, um die Kommunistenangst im Volk zu schüren. «An den Mauern jeder Polizeikaserne», so berichtet ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» aus der Hauptstadt Siams, «sind Plakate angeschlagen, die sehr deutliche Hinweise tragen: Eine Uhr steht auf fünf vor zwölf, während am blutroten Horizont die Silhouette des chinesischen Soldaten auftaucht» ... Das freut gewiß die Amerikaner, die, wie der Korrespondent bemerkt, «auf Siam als einen ihrer sichersten Verbündeten rechnen»:

«Auf dem Flugplatz von Donmuang stehen die amerikanischen Flugzeuge der Fliegermission, welche die thailändischen Piloten instruiert, und ein gelbes Vermessungsflugzeug der amerikanischen Luftwaffe ergänzt das Bild. Amerikanische VC-Apparate ... fliegen hohe siamesische Offiziere und ihre Familien im Land herum, wenn sie auf Inspektionsreisen gehen. Nicht nur auf militärischem Gebiet macht sich der amerikanische Einfluß geltend. Die Vereinigten Staaten haben in verschiedenen Formen auf allen Gebieten der siamesischen Wirtschaft Dollars investiert — nur behaupten gutunterrichtete Kreise in letzter Zeit, daß sie gelegentlich etwas müde werden, dieses Geld im losen Sand der Administration versickern zu sehen.»

Man kann es natürlich auch so ausdrücken, wenn man nicht direkt sagen will, daß nun eigentlich bald genug Bestechungsgelder nach Siam geflossen seien ...

Item — Siam ist soweit sicher. Die Türkei auch. Zwischendrin aber liegt Pakistan, das erst noch tüchtig bearbeitet werden muß. Immerhin: alles spricht dafür, daß Pakistan schon bald ein treues Mitglied der Familie der freien Völker werden wird (wenn es auch vorerst eine der reaktionärsten Feudaldespotien Asiens ist), hofft es doch mit Allahs und Dulles' Hilfe der Führerstaat der mohammedanischen Welt zu werden und vor allem seine militärische Stellung gegenüber Indien kräftig verstärken zu können. Freilich, Indien ist heftig beunruhigt. Und auch in den andern Ländern Süd- und Südostasiens sieht man eine Festsetzung Amerikas in Pakistan recht ungern; vor dem Kommunismus hat man eben, besonders mit dem Vorbild des neuen Chinas vor Augen, keine

große Angst, während man sich gegen jede Form imperialer und kolonialer Ausnützung durch die westliche Welt leidenschaftlich auflehnt und von Amerika alles andere, nur keine wirksame Unterstützung im Kampf gegen Armut, Krankheit und Unbildung erwartet.

Die Sowjetunion und China selbst protestieren zwar gleichfalls gegen Amerikas Absichten mit Pakistan. Aber sie können der weiteren Entwicklung dennoch mit Gelassenheit zuschauen. Professor Owen Lattimore, einer der besten amerikanischen Asienkenner, erinnert in der «Nation» (23. Januar) mit Recht daran, daß insbesondere die Russen, als Gläubige der materialistischen Gesellschaftslehre, die Entscheidung des Kampfes um Asien nicht in erster Linie von militärischer Machtentfaltung oder gar von bloßer Propaganda erwarten, sondern vom Wirken der *wirtschaftlichen* Kräfte. Und die haben sie wohl auf *ihrer* Seite. Gerade jetzt sind die Sowjetunion und die Chinesische Volksrepublik daran, ihre wirtschaftlichen Beziehungen kräftig zu verstärken. Erst vor wenigen Tagen wurde gemeldet, daß die so wichtige Bahnverbindung Peking—Moskau nunmehr direkt hergestellt sei; gleichzeitig wird eine neue Eisenbahnlinie zwischen Westchina und den südsibirischen Sowjetrepubliken — Kasakstan, Tadschikistan usw. — bis hin zum Schwarzen Meer gebaut, so wie auch Mittelchina durch eine Bahn mit der Mongolischen Volksrepublik und Ostsibirien verknüpft wird. Für die Erschließung dieser ungeheuren Landmassen mit ihren bedeutenden Bodenschätzen und ihren reichen landwirtschaftlichen Möglichkeiten wird das von unschätzbarem Wert sein. Was haben die Amerikaner dem entgegenzusetzen? Bomberstützpunkte in Pakistan und eine abgestandene bürgerlich-kapitalistische Freiheitspropaganda, die keines der vielen asiatischen Völker anzusprechen vermag, welche eine ganz andere Art von Freiheit erstreben, als man sie in Poughkeepsie und Philadelphia, in Galveston und Hollywood versteht. Davon scheinen weder die «neuen Strategen» in Washington noch die großen Wirtschaftsführer eine Ahnung zu haben, die im Kabinett Eisenhower sitzen und die Welt für die Dollardemokratie reif machen wollen, erst recht nicht die McCarthy, Luce und Knowland, denen auch die demokratische Fassade nicht mehr viel wert ist, hinter der die halbfaschistische Parvenuschiicht, in der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur reich und mächtig geworden, immer begehrllicher auch nach der politischen Herrschaft greift.

Die Krise der amerikanischen Demokratie

Für den Fortgang der Weltpolitik und eine schiedlich-friedliche Verständigung über die großen internationalen Streitfragen bleibt es darum entscheidend wichtig, wie sich die *innere* Lage in den *Vereinigten Staaten* entwickelt. Das ist all denen schon längst selbstverständlich, die — wie der Schreibende selbst — überzeugt sind, daß der Schlüssel zum Verständnis der Welt-

spannung in Amerika liegt, bei den Kräften, die die Politik des mächtigsten und reichsten Landes unserer Erde beherrschen. Verweilen wir bei ihnen heute etwas länger als sonst und vergegenwärtigen wir uns in erster Linie, daß sich zurzeit in den USA ein *doppelter Kampf* abspielt: der Kampf einer im ganzen noch einflußlosen, aber doch vorhandenen und wohl auch wachsenden Opposition gegen den Ausverkauf der Demokratie und gegen den Katastrophenkurs der amerikanischen Außenpolitik auf der einen Seite, und der Kampf zwischen den Kräften, die hinter McCarthy stehen, und denjenigen, die das Regime Eisenhower stützen, auf der andern. Wie weit der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie schon gediehen ist, soll jetzt nicht im einzelnen dargestellt werden; ein Schlaglicht auf die ganze Lage wirft immerhin ein erwähnenswertes Wort, das Richard Kennan, der Leiter einer Vereinigung «für die Verteidigung der Demokratie durch Erziehung» kürzlich in einem Vortrag gesprochen hat (siehe «The Nation», 16. Januar):

«Das Stimmungsklima weiter Kreise unserer Bevölkerung ist derart, daß das allfällige Bestehen eines (von beamteten wie privaten Anhängern des McCarthyismus getragenen) Spionagesystems ein sehr wirksames Schreckmittel für das Denken und die Meinungsäußerung in buchstäblich Hunderten von Schulzimmern ist. . . . Die Beherrschung des Denkens durch Erweckung von Furcht und Argwohn hat sich wie ein Krankheitsstoff ausgebreitet, der zuerst kaum bemerkbar ist, aber immer verheerender wird, bis es uns plötzlich zum Bewußtsein kommt, daß wir an ihm zugrundegehen. Viel davon könnte über Nacht beseitigt werden, wenn Menschen in hoher wie niedriger Stellung wirkliche Führerschaft, Mut und staatsmännische Fähigkeit bewiesen.»

Daß diese Eigenschaften insbesondere an höchster Stelle *nicht* vorhanden sind, das ist es nun gerade, was die gegenwärtige Lage der amerikanischen Demokratie so gefährlich macht. Denn darüber kann kaum ein Zweifel sein: McCarthy und seine Parteigänger gehen aufs Ganze. Sie streben — vielleicht schon für die Präsidentenwahl von 1956 — nach der Staatsmacht selbst, und die Kommunistenhetze ist ihnen gerade gut genug, um ihre Zwecke fördern zu helfen. «Es ist nunmehr klar», schreibt der amerikanische Pfarrer Stuart R. Schram im «Christianisme social» (November-Dezember 1953),

«daß die McCarthy-Leute diesen Augenblick gewählt haben, um ihren großen Sturm zu unternehmen. Eisenhower hat immer nachgegeben, wenn es sich um die Verteidigung der Grundsätze handelte; wird er nun endlich zurückschlagen angesichts dieses direkten Angriffs auf seine eigene Machtstellung? Auf welche Seite sich der Präsident auch stellen mag — so viel ist sicher, daß Amerika der entscheidenden Krise des hysterischen Antikommunismus entgegengeht . . . Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die von den amerikanischen Fachleuten selber vorausgesehen werden, drohen die Extreme zu stärken und diese Stimmungskrise in eine Krise der amerikanischen Demokratie zu verwandeln.»

In der Tat: die Regierung Eisenhower wehrt sich auch diesmal nicht *grundsätzlich* gegen den hysterischen Antikommunismus; sie sucht McCarthy vielmehr zu schlagen, indem sie ihn *übertrumpft*. Ihre jüngsten Entscheidungen und Stellungnahmen in der Außen- wie in der Innen-

politik sind maßgebend von dieser scheinbar so gerissenen Taktik bestimmt, nicht zuletzt ihr Angriff auf die «Schlappheit» der Regierung Truman im Kampf gegen den Kommunismus (Fall White) und ihre Absicht, gerichtlich abgeurteilte Kommunisten des Bürgerrechts zu berauben. «Es ist jetzt offenbar», so sagte alt Präsident Truman in seiner Radioansprache vom 16. November 1953,

«daß die gegenwärtige Regierung sich völlig dem McCarthyismus verschrieben hat, um daraus politischen Nutzen zu ziehen ... Das ist Verfälschung der Wahrheit, Preisgabe unserer geschichtlichen Vorliebe für anständiges Spiel. Es ist die Preisgabe eines 'geordneten Rechtsverfahrens'. Es ist der Gebrauch der großen Lüge und der grundlosen Anklage gegen jeden beliebigen Bürger im Namen des Amerikanertums oder der Sicherheit ... Dieser furchtbare Krebs zehrt an den Lebensorganen Amerikas und kann den ganzen großen Freiheitsbau zerstören.»

Ganz gut, soweit — nur vergißt Herr Truman vollständig, daß er und seine Regierung recht eigentlich den demagogischen Antikommunismus in der inneren ebenso wie in der äußeren Politik selbst entfesselt haben! Trotzdem: daß der McCarthyismus für die amerikanische Demokratie lebensgefährlich ist, darin hat er sicher recht. Was steckt denn nun aber *sachlich*, als politisch-soziale Triebkraft, hinter dieser McCarthy-Bewegung? Die *New Yorker «Monthly Review»* (Januar 1954) widmet dieser Frage eine aufschlußreiche Studie, deren Schlußfolgerungen auch hier, kurz zusammengefaßt, wiedergegeben seien. Die Mächte, die das Regime *Eisenhower* tragen — so erinnert die verdienstvolle Zeitschrift —, sind bekannt. Es sind auf der einen Seite zahlreiche der größten und stärksten kapitalistischen Konzerne, wie Standard Oil, General Motors, Chase National Bank und ihresgleichen, auf der andern Seite die führenden Familien der Geldaristokratie, der Rockefeller, Aldrich, DuPont, Lodge usw., die in allen Städten und Einzelstaaten ihr lokales Gegenstück haben und so das Kader der republikanischen Führungsschicht bilden. Kein republikanischer Präsident der Vergangenheit ist offenkundiger der Vertrauensmann der Hochfinanz und des kapitalistischen Großbürgertums gewesen als Eisenhower.

Im Unterschied davon vertritt McCarthy vor allem die durch den Zweiten Weltkrieg und die neue Rüstungshochkonjunktur nach oben gekommene Schicht der *Neureichen*, die in den Multimillionären der Ölindustrie von Texas vielleicht ihre kennzeichnendsten Vertreter hat, deren Angehörige aber in der ganzen Union und in allen Wirtschaftszweigen, sozusagen als Massenerscheinung, zu finden sind. Der neue Reichtum, der hier entstanden ist, bildet nämlich die «natürliche» Grundlage für eine faschismusähnliche Bewegung, wie sie in den Vereinigten Staaten bisher nie als allumfassende, in die Landespolitik unmittelbar eingreifende Kraft aufgetreten ist. Ehrgeizig, bedenkenlos, machtgierig und voll Eifersucht gegenüber der alten Geldaristokratie, findet die Schicht dieser neureichen Emporkömmlinge ihren natürlichen politischen Ausdruck in einer Bewegung, die — wie der McCarthyismus — zu-

gleich reaktionär, brutal und vulgär ist und alle Zeichen eines Massenerfolges aufweist. Dazu kommen dann als weitere Stützen der McCarthy-Bewegung ein paar ebenfalls von unbefriedigtem politischem Ehrgeiz erfüllte Gruppen anderen Charakters: der extrem rechte Flügel der Geldaristokratie, der sich etwa um die «Chicago Tribune» (McCormick-Konzern) und die Hearstpresse schart, ein Teil des politischen Katholizismus mit seiner besonders scharf antikommunistischen Haltung (McCarthy ist ja selbst römischer Katholik) und die politischen Abenteuerer und Konjunkturritter aller Sorten, die dem Erfolg nachlaufen und die Reihen der McCarthy-Partei (wenn man bereits so sagen darf) füllen. All das natürlich auf dem Hintergrund des populären Antikommunismus, der — wie man ganz richtig gesagt hat — nicht der Angst vor dem Hunger entsprungen ist, sondern der Angst vor dem Hungrigen, der Angst der Besitzenden und Komfortablen vor dem Aufstand der Habenichtse, besonders in den «rückständigen» Ländern der Erde.

Das Gute ist nur, daß McCarthy, ungleich Hitler, neben seinem Antikommunismus kein Sozialprogramm besitzt, mit dem er zugleich die Massen anlocken und doch seine Geldgeber und Propagandahelfer behalten könnte. Auch ist es keineswegs sicher, daß — wie es beim Nazismus der Fall war — eine Wirtschaftskrise der McCarthy-Bewegung entscheidenden Auftrieb geben würde; eher ist das Gegenteil möglich, wobei dann die Demokraten die Gewinnenden wären, die schon jetzt wieder im Aufstieg begriffen scheinen, wie ihre letztjährigen Wahlerfolge in Wisconsin, New Jersey und Neuyork zeigen. Aber fürs erste nimmt doch die Volkstümlichkeit McCarthys und seiner Sache, trotz etlichen Rückschlägen, noch ständig zu und bildet eine ernste und wachsende Gefahr für das Regime. Daß sich Eisenhower und seine Stützen dieser Gefahr durch eine weitere Steigerung der antikommunistischen Hysterie erwehren könnten, ist natürlich ausgeschlossen; das gäbe nur neues Wasser auf McCarthys Mühlen und würde sein Ansehen erst recht erhöhen. Dies um so mehr, als es McCarthy ein leichtes wäre, im Notfall auch Eisenhower und die offiziellen Republikaner der Begünstigung des Kommunismus zu zeihen, hat doch der gegenwärtige Präsident, wie fast alle seine einflußreicheren Parteifreunde, nicht nur während des Krieges die «sowjetfreundliche» Politik und Strategie Roosevelts unterstützt, sondern auch nachher die «überparteiliche» Außenpolitik der Regierung Truman-Acheson mitgemacht, die McCarthy und seine Leute für die Ausbreitung des Kommunismus verantwortlich machen; man denke nur etwa an den Verlust Chinas für die «freie Welt» oder an das Abkommen von Potsdam, das jetzt Trumans und Achesons Nachfolgern soviel Kummer macht! Schon jetzt reist ja McCarthy im Land herum und hält Reden, in denen er Roosevelts und Trumans Amtsperioden als

«zwanzig Jahre Hochverrat» brandmarkt. (Wer denkt dabei nicht an Hitlers Schlagwort von den «vierzehn Jahren Schande», die die Zeit der Weimarer Republik darstelle?) Und wie lang wird es gehen, bis McCarthy ganz offen auch Eisenhower als kryptokommunistischen Verräter bezeichnet?

Es ist auf jeden Fall damit zu rechnen, daß der Kampf zwischen Eisenhower und McCarthy in der nächsten Zeit an Schärfe und Verbissenheit eher zu- als abnehmen wird — und das kann auch für die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik von erheblicher Bedeutung werden. Vergessen wir aber bei all dem nie, was auch die «Monthly Review» am Schluß ihres Aufsatzes festhält: «daß das Grundübel der Kapitalismus ist, nicht der McCarthyismus. Wir werden aus dem Morast nie herauskommen, und ebensowenig die Welt im ganzen, solange die Vereinigten Staaten ihr gegenwärtiges verrücktes Wirtschaftssystem haben. Das heißt ohne Zweifel, daß wir noch einen langen Weg vor uns haben. Aber wir wollen auf jeden Fall die Richtung nicht aus dem Auge verlieren, in der wir gehen.»

„Volkskapitalismus“! Was — verrücktes Wirtschaftssystem? werden die Bewunderer Amerikas entrüstet fragen. Hat nicht gerade das freie Unternehmertum, das für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten so kennzeichnend ist, die unerhörtesten Triumphe gefeiert und die Lebenshaltung des ganzen amerikanischen Volkes in einer Art und Weise gehoben, die in der Welt einzig dasteht? In der Tat, der Erfolg des amerikanischen Kapitalismus in der Schaffung von Wohlstand für alle ist für die meisten unserer Zeitgenossen (wenigstens im Westen) sozusagen ein Glaubensartikel. Vor allem natürlich für die Amerikaner selbst. Erst letzthin lasen wir in einer amerikanischen Gewerkschaftszeitung einen Artikel, dessen Verfasser mit scheuem Respekt und ohne wesentliche Kritik das Buch eines begeisterten Lobredners des USA-Kapitalismus — «Die große Wandlung» von F. L. Allen — bespricht. «Die Wandlung, die sich in unserer Gesellschaft zwischen 1900 und 1950 vollzogen hat», so heißt es da,

«übersteigt all unsere Vorstellungskraft. In dieser kurzen Zeitspanne ist Amerika die führende Nation der Welt geworden; hat sich aus einem Schuldnerland zum bedeutendsten Gläubiger der Welt entwickelt; hat unglaubliche Fortschritte von Medizin und Volksgesundheit, von Wissenschaft und Technik, von Ausweitung der Industrie- und Geschäftstätigkeit erlebt... Gut angezogen zu sein, ist heute fast für jedermann erschwinglich. Im Jahr 1949 kauften die Amerikaner nicht weniger als 543 Millionen Paar Nylonstrümpfe. Sie hatten Telephone, Staubsauger, Kühlschränke, Radios, Automobile, Fernsehanlagen, fließendes Wasser und Röhrenleitungen. Sie lasen die gleichen Zeitschriften und sahen die gleichen Filme. Jagen, Fischen, Tennis und Golf sind nicht mehr nur bestimmten Einkommensklassen vorbehalten. Das Bildungsmonopol ist gebrochen.»

Und so fort — in dulci júbilo. Die landläufigen Amerikaschilderungen auch in der westeuropäischen Presse sind auf den gleichen Ton gestimmt. In der sozialdemokratischen (!) «Freien Innerschweiz» (Luzern) stand noch am 15. Dezember ein Leitartikel «Amerika und Rußland», der uns glauben machen wollte:

«In Tat und Wahrheit haben die Vereinigten Staaten das kapitalistische System längst aufgegeben. Sie stehen heute auf einer Stufe, die man als ‚Volkskapitalismus‘ bezeichnen könnte... Die amerikanische Produktionsform ermöglicht dem amerikanischen Arbeiter schon heute, einen Standard zu erreichen, der noch vor zwanzig oder dreißig Jahren den höheren und obersten Einkommensschichten vorbehalten war.»

Ist das wahr? Lassen wir für heute einmal ganz auf der Seite, was über den amerikanischen Kapitalismus *als Gesamterscheinung* zu sagen ist. Treten wir nicht näher auf die Materialisierung des ganzen Denkens und Lebens ein, das der Kapitalismus in Amerika erzeugt hat, auch nicht auf jene Ansammlung von Reichtum und Macht in verhältnismäßig wenigen Händen, die aus der amerikanischen Demokratie eine Farce gemacht hat, ebensowenig auf die Entfaltung unheimlichster Kriegskräfte, wie sie — als tödliche Gefahr für die Welt — die Spätperiode des amerikanischen Kapitalismus gebracht hat. Bleiben wir einfach bei der Frage stehen, ob das amerikanische Wirtschaftssystem wirklich jenen allgemeinen Volkswohlstand geschaffen hat, von dem man uns erzählt und von dem eine amerikanische Journalistin (Sylvia Parter in der «New York Post» vom 7. 1. 1953) rühmt: «Amerika steht der ‚absoluten Gleichheit‘ des Einkommens näher als irgendein anderes Land auf der Welt. Wir haben tatsächlich die ganz armen und armen Klassen aufgehoben.»

Ich könnte aus eigener Beobachtung in den Vereinigten Staaten einiges zur Beantwortung dieser Frage beitragen, ziehe es aber vor, eine Quelle sprechen zu lassen, deren Autorität kaum zu beanstanden sein wird — die amtliche amerikanische Statistik. Die letzten vollständigen Feststellungen stammen aus dem Jahre 1950, also einem Jahr ausgesprochener Hochkonjunktur (Beginn des Koreakrieges!). Daraus ergibt sich, knapp zusammengefaßt und alles in runden Zahlen ausgedrückt, folgendes:

4,6 Millionen amerikanische Familien, das heißt fast jede vierte Familie, hatten ein Einkommen von weniger als 1000 Dollar im Jahr, 20 Dollar in der Woche. (Zum Vergleich: die Kaufkraft eines Dollars entspricht etwa derjenigen von 1.60 bis 2 Franken.)

Drei von je vier Familien verdienten weniger als 100 Dollar in der Woche. Nur 3,3 Prozent aller Familien verdienten 10 000 Dollar und mehr im Jahr, also mindestens ebensoviel, wie die 4,6 Millionen Familien unter 1000 Dollar Einkommen in zehn Jahren verdienen.

Das amtlich errechnete Mindesteinkommen, das nötig ist, um einer Familie von vier Köpfen in städtischen Verhältnissen ein «bescheidenes,

aber ausreichendes» Leben zu sichern, bewegt sich etwa zwischen 3500 und 4000 Dollar. 20 Millionen amerikanische Familien, das heißt über 50 Prozent aller Familien, haben *weniger* als dieses Mindesteinkommen zu verbrauchen, das beispielsweise eine Nahrungsmittelration erlaubt, die niedriger ist als der Durchschnittsverbrauch je Kopf in den schweren Krisenjahren zwischen 1935 und 1939!

Das Einkommen der Negerbevölkerung ist noch geringer. Mehr als die Hälfte der Negerfamilien verdiente im Jahr 1950 nicht einmal 40 Dollar in der Woche. Nur *eine* Negerfamilie von zehn hatte ein Einkommen von mehr als 4000 Dollar im Jahr oder 80 Dollar in der Woche. Die Lebenshaltung der Großzahl der amerikanischen Neger liegt jedenfalls tief unter dem Durchschnitt der Bevölkerung Frankreichs und Belgiens, ja weithin sogar noch unter demjenigen der Bevölkerung Italiens, von Ländern also, die Amerika so freigebig unterstützt — aus Steuergeldern, zu denen auch die Neger nicht wenig beitragen.

Was für eine Lebenshaltung sich für große Teile der USA-Bevölkerung aus solchen Einkommensbedingungen ergibt, sei nicht weiter ausgeführt. Ich will nur erwähnen, daß die Überfüllung der Wohnräume — und nicht nur in den Negerquartieren, wo sie am scheußlichsten ist — ganz bedenkliche Formen angenommen hat. Nach einem Senatsbericht aus dem Jahre 1949 leben 10 bis 15 Millionen Amerikaner in Elendswohnungen, bei denen bis zu zehn Menschen auf ein kleines Zimmer ohne jede sanitäre Einrichtung kommen. Nach den Feststellungen der National Housing Agency erfüllen 39 Prozent aller Stadtwohnungen nicht einmal die Mindestanforderungen an Gesundheits- und Sicherheitsvorrichtungen. Mehr als zwei Drittel haben keinen Abort im Haus. Wundert man sich, daß, nach amtlicher Angabe (1948), in den Vereinigten Staaten jeden Tag 900 Menschen sterben, «für deren Rettung wir die Kenntnisse und die Fähigkeiten haben»?

Genug — der amerikanische «Volkskapitalismus» ist ein Märchen, dazu bestimmt, vor der Welt (und nicht zuletzt vor unserer Arbeiterschaft) die Tatsache zu verbergen, daß das amerikanische Wirtschaftssystem lange nicht imstand ist, Wohlstand für alle zu schaffen, und daß sein Anspruch, dieses System der ganzen Menschheit zu beschenken, gelinde gesagt eine freche Anmaßung ist. Statt die Italiener jeweilen vor den Wahlen mit Gratismakkaroni zu ködern oder die Franzosen mit Hunderten von Dollarmillionen — die größtenteils den oberen Zehntausend zugutekommen — zu bestechen, damit sie ja der deutschen Wiederaufrüstung zustimmen, täten die Vereinigten Staaten besser, ein Wirtschaftssystem fahren zu lassen, das nicht nur die Welt mit einem dritten Krieg bedroht, sondern sich als unfähig erwiesen hat, dem eigenen Volk *als ganzem* eine menschenwürdige Lebenshaltung zu sichern, wenn es auch den oberen und mittleren Schichten, die die amerikanische Politik machen, ein sehr komfortables, ja luxuriöses Dasein ermöglicht.

Die haben freilich ein Interesse daran, die Entstehung einer vom Kapitalismus freien Welt mit Gewalt zu verhindern — die andern Amerikaner gewiß nicht, und erst recht nicht die übrige Menschheit.

Wirtschaftsschrumpfung

Die Zeit für eine auf Wirtschafts- und Militärmacht gestützte Weltaktion nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen einen freiheitlichen Sozialismus ist allerdings nur noch kurz. Einesteils erstarken die anti-kapitalistischen und die sozialistischen Kräfte in aller Welt von Jahr zu Jahr und werden so immer unüberwindlicher, andernteils werden die inneren Widersprüche des Kapitalismus je länger je mehr offenbar — so sehr, daß keine Gegenwirkung auf seinem eigenen Boden sie mehr zu verdecken vermag. Das wird auch der amerikanische Kapitalismus erfahren, trotz all seinen blendenden Leistungen. Insbesondere werden drei Entwicklungsreihen in seinem Schoß immer stärker hervortreten:

1. Die Konkurrenzwirtschaft wird weiterhin zugunsten der Monopol Tendenzen zurücktreten; das «freie Unternehmertum», das schon heute keine maßgebende Kraft mehr ist, wird so offenkundig von den zusammengeballten Kapitalmächten verschlungen werden, daß sich das Volk von diesen Ungeheuern befreien muß, wenn es nicht seine wirkliche Freiheit vollends ganz verlieren will.

2. Das Gewinnstreben als entscheidende Triebkraft der Wirtschaft wird nicht allein zur fortschreitenden Zerrüttung der Produktion und des Handels führen, sondern — siehe die vorhin erwähnten Tatsachen über die Einkommenslage breiter Volksschichten — die Kaufkraft der lohnverdienenden Verbrauchermassen derart gedrosselt halten, daß die unterbezahlten Arbeiter- und Angestelltenkategorien die ungeheuren Gütermengen, die die kapitalistische Produktion auf den Markt wirft, immer weniger aufzunehmen vermögen. Und wenn dann die Wirtschaftsmaschine zu stocken beginnt, werden auch die gutbezahlten Lohnverdienerschichten ihre Ausgaben einschränken, besonders an entbehrlichen Gütern, wie Autos, Kühlschränken, Fernsehapparaten usw. Es wird dann, worauf Fritz Sternberg in der «Nation» (16. Januar) mit Recht aufmerksam macht, «die paradoxe Lage eintreten, daß gerade der ungewöhnlich hohe Lebensstandard (der gutverdienenden Schichten!) in den Vereinigten Staaten die Krisenempfindlichkeit der amerikanischen Wirtschaft noch erhöht».

3. Der Ausfall an Kaufkraft auf dem Inlandmarkt wird je länger je weniger durch gesteigerte Ausfuhr von Gütern und Kapital in «zurückgebliebene» Länder wettgemacht werden. Die Revolution der Kolonial- und Halbkolonialvölker namentlich *verengert den Ausbeutungsraum*, der dem Kapitalismus offen steht, allmählich so sehr, daß einem Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung völlig angewiesen ist, die Lebensluft auf die Länge ausgehen muß.

Schon jetzt machen sich Anzeichen wachsender Wirtschaftsstörungen in den Vereinigten Staaten bemerkbar. Die Produktion, die normalerweise hätte drei bis vier Prozent höher sein sollen als im Jahr zuvor, geht seit dem letzten Herbst rasch zurück; bei Stahl zum Beispiel ist sie von 95 Prozent der Leistungsfähigkeit im Oktober auf 66,6 Prozent in der dritten Dezemberwoche gefallen, und in der Automobilindustrie steht es nicht besser. Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte, die infolge der Bevölkerungszunahme im Jahr 1953 hätte um 700 000 wachsen sollen, hat tatsächlich um 300 000 abgenommen, so daß der Amerikanische Gewerkschaftsbund die Zahl der Arbeitslosen Ende Januar auf rund 3 350 000 schätzte (amtliche Zahl: 2 360 000). Die Kleinhandelsumsätze gehen gleichzeitig fast auf der ganzen Linie zurück — und so könnte man mit der Aufzählung von Stockungserscheinungen fortfahren.

Die Tatsache einer Konjunkturabschwächung selber ist unbestreitbar; die Fachleute sind sich nur nicht einig, ob es sich um eine (für die Oberschicht!) «erträgliche» Wirtschaftsschrumpfung handelt oder aber um Vorzeichen einer eigentlichen Krise, die nicht gerade den Umfang derjenigen der dreißiger Jahre anzunehmen braucht, um dennoch gefährlich zu werden. Für gewisse europäische Länder, wie England und Frankreich, aber in geringerem Maß vielleicht auch für die Schweiz, genügt schon eine verhältnismäßig geringfügige Schwächung von Amerikas Aufnahmefähigkeit für überseeische Güter, um schmerzliche Folgen nach sich zu ziehen. Ob die in den letzten 20 Jahren planmäßig ausgebaute Maschinerie zur Abstopfung von Wirtschaftsstörungen ihre Wirksamkeit in den Vereinigten Staaten jetzt tatsächlich erweisen wird, das ist die Frage, auf deren Beantwortung die ganze Wirtschaftswelt gespannt ist. Dies um so mehr, als die Republikanische Regierung — wie früher erwähnt — das Experiment wagt, in einer Zeit rückläufiger Konjunktur die Rüstungsaufträge an die Industrie nicht unerheblich einzuschränken. Wird das auf die Länge möglich bleiben? Oder wird der amerikanische Kapitalismus bei fortschreitender Krise nicht doch wieder zu dem «bewährten» Auskunftsmittel greifen, das darin besteht, durch vermehrte Rüstungsproduktion die Neuankurbelung einer Wirtschaft zu bewerkstelligen, deren «natürliche» Antriebskräfte immer mehr versagen? Und wenn ja — wird damit nicht aufs neue der Eintritt einer Kriegskatastrophe beschleunigt, die wohl dem Kapitalismus den letzten, entscheidenden Stoß versetzen müßte?

So oder so — der vielen so ungeheuer imponierende Bau des amerikanischen Kapitalismus steht tatsächlich auf schwankendem Grund. Er wird einmal einstürzen — vielleicht früher als wir denken —, und sein Fall wird gewaltig sein. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

15. Februar

Hugo Kramer